

Verbreitung einer trotzkistischen Zeitung in Berlin.

Die "New York Times" vom 15. Dezember 1946 veröffentlichte folgenden Artikel:

"Wir fordern die Deutschen auf, sich zur Empörung zu einigen - ein in London herausgegebenes Flugblatt dringt auf neue Internationale und droht Stalin."

Berlin 14. Dez. - Ein vervielfältigtes Flugblatt, betitelt "Solidarität", welches die Bildung einer deutschen Sektion der Vierten Internationale ankündigt, ist kürzlich in Berlin verbreitet worden. Das Schriftstück war politisch deutlich von der alten revolutionären kommunistischen Richtung oder was man jetzt unter "trotzkistisch" versteht. Es griff scharf "Stalins Politik für Deutschland" an und lud die deutschen Arbeiter ein, revolutionäre Gruppen innerhalb der sozialistischen und kommunistischen Parteien zu bilden.

Die Herausgeber des Schriftstückes zeichneten nicht namentlich sondern das Flugblatt war zugeschrieben der "Revolutionären Kommunistischen Partei" mit dem Sitz in 256 Marrow Road, London W.2.

Der Leitartikel lehnt Reparationen ab und fordert statt derselben die Enteignung des kapitalistischen Eigentums durch und für das Proletariat. Es bewies, dass die Politik der Nationalisierung in der Sowjetzone nur der russischen Wirtschaft nützt, nicht den deutschen Massen.

"Die führenden Namen der deutschen Arbeiterparteien sind untrennbar von den Überlieferungen der sozialistischen und kommunistischen Parteien", setzt der Artikel fort. "Diese Parteien waren unfähig, die Hitlerkatastrophe 1933 abzuwenden. Im Gegenteil, sie waren für sie verantwortlich."

"Aus den heutigen Reden und Grundsätzen dieser Leute sehen wir, dass sie aus der Katastrophe nichts gelernt haben. Darum haben wir die Absicht, eine unabhängige revolutionäre Partei zu errichten, die deutsche Sektion der Vierten Internationale."

"Die Bürokratenklasse der SU hat ein starkes Interesse daran, als Okkupationsarmee in Deutschland zu bleiben. Mit ihrem ungeheuren Einkommen, ihrer Bürokratengesellschaft und allen ihren Vorrechten leben sie auf Kosten der arbeitenden Klassen."

"Der Sowjetsoldat wird zur Verteidigung der Vorrechte der Bürokraten gebraucht. Er kann keinen Vorteil davon haben."

"Ein Deutschland unter der Aufsicht der Arbeiterklasse wird glücklich sein, den Überschuss seiner industriellen Erzeugnisse vor allem mit der SU auszutauschen. Ein Austausch von Gütern auf gleicher Grundlage wird beide Länder ungeheuer stärken und wird der erste Schritt sein, die Absonderung der russischen Arbeiter vom Weltproletariat zu beenden."

Deutsche Gewerkschaften streben nach vereinigter Organisation.

Berlin. Ein konservativer Sprecher der Berliner Gewerkschaftsorganisation meldete vorige Woche, dass eine internationale Konferenz der Gewerkschaften jetzt in Hannover stattfand, wo Pläne entworfen wurden für die volle Wiederherstellung des deutschen freien Gewerkschaftsbundes, der 1933 von Hitler abgeschafft wurde. Der Sprecher sagte, dass die Konferenz

in Hannover legal war und die Vertreter von allen Zonen frei zu ihr kamen. Zwei vorangegangene Konferenzen zum gleichen Zweck, im Juli in Frankfurt und im November in Mainz, wurden illegal abgehalten. Die Vertreter von verschiedenen Zonen mussten sich durch die Zonengrenzen schmuggeln. Der Sprecher, Lemmer, sagte, die nächste Konferenz würde im Februar in Berlin stattfinden, wo die förmlichen Schritte zur Wiederherstellung der alten Organisation gemacht werden sollen. Lemmer zeigte auch, dass trotz all der Hindernisse durch die Besetzung seit dem Sturz Hitlers schon mehr als 6.000.000 Arbeiter den Gewerkschaften beigetreten seien. Er erwartete, dass die Mitgliedschaft der Gewerkschaften bald die vor-Hitlerische Zahl von 8.000.000 überschreiten werde. Das Gesuch um Zulassung der deutschen Bewegung zum Weltgewerkschaftsbund wird nachstens Juli gemacht werden.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Der amerikanische "Militant" bringt den ersten Artikel einer wichtigen Reihe über die "Neue Opposition" in der stalinistischen Partei in den USA in seiner Ausgabe vom 21. Dez. 1946. Die Reihe, von grosser internationaler Bedeutung, wird in unserer französischen Ausgabe gebracht. Die englisch-sprachige Zeitung wird ersucht, direkt vom "Militant" abzuschreiben.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Englische Trotzkisten vom Gericht zu Geldstrafen verurteilt wegen Solidarität mit deutschen Gefangenen.

London: Genosse Bill Clemenson, englischer Trotzkist, verhaftet wegen Verteilung revolutionärer Schriften an Deutsche in einem Kriegsgefangenenlager in England, wurde vorige Woche vor Gericht gebracht und zu einer Strafe von 10 Pfund verurteilt. Bei der Verteidigung seiner Handlung gab Clemenson eine Darlegung, in der er seine Solidarität mit den deutschen Arbeitern gegen den Weltimperialismus verteidigte und die revolutionäre internationalistische Haltung seiner Partei, der revolutionären kommunistischen Partei, englische Sektion der vierten Internationale, feststellte.

Neue Überraschungserfolge der Amerikanischen Gewerkschaften.

(Inhalt)

Diese Woche berichtet die europäische Presse über eine neue und überraschende Aktion, welche die amerikanischen Gewerkschaften unternahmen im Streit, der sich wegen der Erneuerung der Verträge mit den Unternehmern entwickelte.

Nach -errung der "portal to portal" Bezahlung wird insgesamt fünf Milliarden ausmachen.

Die französischen Kommunisten und Sozialisten und der Krieg in Indochina.

Die neue rein "sozialistische" franz. Regierung Leon Blum hat ihre kurze Laufbahn mit einer Reihe von Massnahmen begonnen, welche ihr die gleichsam einstimmige Zustimmung der Nationalversammlung gewannen, von den Kommunisten bis zu den Katholiken und "Radikalen".

Im innenpolitischen Bereich übernahm der "Sozialist" André Philip den Deflationsplan seines Vorgängers als Finanzminister, dem MRP Robert Schuman, mit dem Versuch, das Budget auszugleichen durch die Entlassung von 50.000 Staatsangestellten und mit neuen Steuern. Betreffend die Ausgaben für das Militär, für welche die sozialistische Partei kurz vor der Bildung dieser Regierung eine starke Herabsetzung forderte, geschah das Gegenteil. Philip schlug vor und das Haus, die Kommunisten inbegriffen, stimmten beinahe einstimmig zu. Militärische Ausgaben, welche die anfangs 1946 vorgeschlagenen übersteigen.

Rechtskreise benehmen die Ereignisse in Indochina um zu fordern, dass die militärischen Ausgaben nicht herabgesetzt werden sollen. Philip erwiderte "wenn es die Verteidigung Indochinas betrifft fordere ich vom Minister für Landesverteidigung nicht die geringste Herabsetzung. Ich bin bereit, alle seine Forderungen zu verantworten."

Der Kifer der "sozialistischen" Regierung, die "Verteidigung Indochinas" betreffend, ist gekennzeichnet durch eine Reihe von Massnahmen und Handlungen, unter welchen die folgenden angeführt werden sollen: die Rückkehr des Vizeleutnants der indochinesischen Massen, Admiral d'Argenlieu, der das Abreißen des "modus vivendi" mit der Ho Chi Minh Regierung herausforderten, nach Indochina; die Wendung General Lelièvre, bekannt für seinen "starken Arm bei den fieberhaften Vorbereitungen zu einer wahrhaften Kolonialexpedition, auf eine "Besichtigungsreise"; die einstimmige Zustimmung der Nationalversammlung, einschliesslich der Kommunisten zur "Sympathiekundgebung" an die "französischen Kämpfer in Indochina"; und schliesslich die Erklärung Leon Blumens am 25.12.1946 an das Haus, welche in einer überangstlichen Sprache die Rektionäre versicherte, dass in Indochina eine feste Politik verfolgt wird.

Wie Stalinisten, kurz schwankend zwischen ihrer patriotischen Politik der nationalen Vereinigung in der Hauptstadt und ihrer linken mit der Ho Chi Minh Regierung, waren, wie zu erwarten war, gezwungen, die letztere handgreiflich zu verraten. Zudem mit den Sozialisten stimmten sie für die "Sympathiekundgebung" an die französischen imperialistischen Gruppen in Indochina sowohl wie für die Militärkredite für den Kolonialkrieg. Gegen die Angriffe der Rechten, welche sie anklagen, "noch" Ho Chi Minh zu ~~unterstützen~~ schützen, verteidigten sie sich kreischend, dass sie für dieselben Massnahmen gestimmt hatten wie die Rechten und dass es notwendig ist mit Ho Chi Minh zu verhandeln, weil der letztere den Grundsatz einer Viet Nam Republik "im Rahmen einer französischen Vereinigung" annimmt und dass nur so die anderen Imperialisten verhindert werden können, Indochina Frankreich wegzuschneppen.

BRITISCHE LASTWAGENLENKER DROHEN MIT EINEM STREIK IN DEUTSCHLAND.

Hersford - Lastwagenfahrer, die bei der britischen Besatzungsmacht beschäftigt sind, kamen diese Woche in ihrer Vereinigung der Zivildienst-Union zusammen und nahmen eine Resolution an, die zu einem Streik am Christtag, aufrief, wenn sie bis zu diesem Zeitpunkt keinerlei Brennmaterialien für ihre Quartiere erhalten sollten.

AMERIKANISCHE BESATZUNGSMÄCHTE AMNESTIEREN "KLEINE NAZI'S"

Frankfurt - General Joseph T.M. Ho Barney, amerikanischer Militärgouverneur, sprach am hl. Abend zu einer Menge ~~fränkischer~~ fränkischer (?) Deutscher, die sich am Hauptplatz dieser Stadt versammelt hatten, und kündete an, daß 300.000 "kleiner Nazis" von den Beschuldigungen, die gegen sie auf Grund der "Nationalsozialistengesetze" erhoben wurden, amnestiert werden. Die Amnestie würde durch den General als ein Weihnachtsgeschenk für das deutsche Volk präsentiert. Die 3000 schweigenden und fröhlichen Zuhörer, von Reportern gefragt, sagten, daß sie ein besseres Weihnachtsgeschenk wie diese erwartet hätten.

Die Aktion der amerikanischen Behörden, die den Freispruch der konservativen Anhänger der Nazis, Schacht und Papen, durch das Nürnberger Gesetz auf dem Fuße folgte, ist als eine Handlung zu bezeichnen, die Masse der früheren Hitler-Anhänger für politische Zwecke durch das U.S. Besatzungskommando auszunutzen. Der Freispruch Schachts und Papens verursachte eine Welle der Unruhe unter den deutschen Arbeitern, welche ihren Höhepunkt im Oktober in Stuttgart in einen kurzen Generalstreik erreichte. Die neue Handlung kann zu gleichem Groll unter den deutschen Massen führen, ehe die Reaktionen der Besatzungsmacht äußerst mißtrauisch betrachten und in zunehmendem Maße fordern, daß die Bestrafung der Nazi deutschen Arbeitern den deutschen Arbeiterkomitees und Volkstribunalen überlassen wird.

DIE WIRTSCHAFTLICHE ANNEXION DES SAARGEBIETES.

Die französische Verwaltung hat eigene Zollwachen an der Grenzlinie zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Bau Deutschland eingerichtet, eine Maßregel die sie eine "Vorbereitung zur wirtschaftlichen Annexion" dieses Gebietes nennt. In der Tat stellt dies einen offenen Akt imperialistischer Rauberei dar, der durch die Angst vor der Wiederherstellung der Deutschen wirtschaftlichen und politischen Einheit hervorgerufen wurde. Die Einigung Deutschland würde den französischen Imperialismus der Möglichkeit berauben, das Saargebiet auszunutzen welches er unbedingt zur Wiederherstellung seiner zerstörten Wirtschaft benötigt. Es ist bekannt, daß der Rat der "Großen 4" die Verhandlungen über das deutsche Problem bis März 1947 verschoben hat. Um jeden möglichen Abkommen über die Wiederherstellung der deutschen Einheit vorzubeugen (preventatively) will der französische Imperialismus die "Großen 3" vor eine vollendete Tatsache stellen. London und Washington nehmen ohne offiziellen Protest von diesem Zwischenfall Kenntnis. Dasselbe für Moskau, denn die Sowjetregierung hat bis jetzt genau so wenig zum Saarproblem Stellung genommen wie die britische und amerikanische. In Deutschland selbst haben sich alle politischen Parteien in allen Zonen scharf gegen eine wirtschaftliche Angliederung des Saargebietes an Frank-

reich ausgesprochen. Die Sozialdemokraten unter Führung Schuhmacher und die "Christlichen Demokraten" waren die 1. die protestierten. Ihnen folgten die stalinistische SEPO, segut wie die "Liberalen Partei" in der russischen Zone. Das Organ der SEPD stellt in einer Ausgabe vom 25.12.46 fest, daß "die Saar Deutschland nicht verleren gehen dürfe" und fügt hinzu: "Zusammen mit allen Deutschen Demokraten werden wir gegen die wirtschaftliche Abtrennung der Saar von Deutschland protestieren". Eine andere Zeitung unter sowjetischen Einfluß, die in Berlin erscheinende "Berliner Zeitung", beschuldigt Frankreich "durch eine ungesetzliche (unilateral) Handlung die Saar von der Wirtschaft Deutschlands losgerissen zu haben". Es muß bemerkt werden, daß die französischen Stalinisten diese Maßnahme billigen und auch den Protest der Sozialdemokraten erwähnen, während sie von Protest der deutschen Stalinisten nicht sprechen. Das französische Proletariat hat durch die imperialistische Bereubung Deutschlands nichts gewonnen. Zusammen mit dem Proletariat Europas und der Welt werden sie für Deutschland einen Frieden ohne Annexionen und Reparationen fordern und werden für die einzig mögliche Lösung des gegenwärtigen Chaos, die "Vereinigten sozialistischen Staaten Europas und der Welt, kämpfen".

ANTI-AMERIKANISCHE STIMMUNG WÄCHST IN CHINA.

Als diese Woche erneut die Kämpfe im Bürgerkrieg zwischen den Chiang-Kai-Shek-Regierungstruppen der "kommunistischen" Jenseitstruppen aufflammten, gab es wieder Beschuldigungen einer amerikanischen Intervention auf Seite von Chiang und in Peiking und Schanghai wurden mächtige anti-amerikanische Demonstrationen abgehalten.

In einem Interview mit einem Presseagenten erklärte der "kommunistische" General Chu-Su-Lai, daß die Nankinger Regierungstruppen von den U.S.A. Materialhilfe in der Höhe von 5 1/2 Milliarden Dollar erhalten hätten. Weiters stellte er fest, krenzte die amerikanische Flotte an der Küste Chinas aus Schutze von nicht weniger als 35 Angriffen oder Verletzungen der von "kommunistischen" Landherrn besetzten Gebiete seit Oktober 1945.

Diese vereinten Operationen mit den Truppen Chiangs, behauptet er, bedeutet nicht nur eine Intervention in die inneren Angelegenheiten Chinas, sondern Teilnahme am Bürgerkrieg.

Inzwischen wird aus Peiking berichtet, daß 15.000 Univeritätsstudenten in dieser Stadt am vergangenen Montag und Dienstag demonstrierten. Sie marschierten vor dem amerikanischen Hauptquartier vorbei mit Transparenten mit den Aufschriften: "Eure Arbeit ist zu Ende. Geht Heim. Wir brauchen Euch hier nicht!" Es wird gesagt, daß die Studenten während des Marsches gegen amerikanische Soldaten und Zivilisten in Schreihufen ausbrachen und Löwungen auf die Hauswände schrieben. Alle amerikanischen Militärpersonen wurden von ihren kommandierenden Offizieren von den Straßen wegbefohlen.

Eine ähnliche große Kundendemonstration gegen die amerikanischen Truppen wurde am Dienstag in Schanghai abgehalten, nahe dem Flughafen. Die chinesischen Behörden warnten die Amerikaner davor öffentlich zu erscheinen, in Anbetracht der Stimmung der Bevölkerung.

KOHLKRISE IN ENGLAND.

London - Nur durch die drastischen Maßnahmen war es der Arbeiterregierung während der Weihnachtswache möglich den durch den Kohlemangel drohenden Stillstand der Industrie zu verhindern. Die Ankündigung der Stilllegung der großen Austin-Autofabrik - eine Aktion welche die Gesellschaft ohne vorheriger Rücksprache mit der Regierung unternommen hat - konnte durch Intervention der Regierung verhindert werden. Die Aktion der Gesellschaft, jedoch, lenkt die Aufmerksamkeit darauf, daß sich aus der bestehenden Krise ohne Regierungskontrolle ein mögliches Chaos in der Industrie ergeben kann.

Es ist verständlich, daß die Regierung nun ein Schema des industriellen Vorranges für Kohle ausarbeitet, um die Stilllegung der Hauptindustrien und die daraus folgende schwere Arbeitslosigkeit zu verhindern. Die Kohlenkrise in England ist chronisch und wurde letzte Woche nur dadurch aufgezeigt, weil sie ein außergewöhnlich akutes Stadium erreicht hat. Die Kohlenproduktion ist seit der Zeit um den ersten Weltkrieg, wo England noch 74.000.000 T. ausfuhrte, in steter Abnahme begriffen. 1945 exportierte England nur 3.000.000 T. Heute ist die Produktion auf einen Punkt gesunken

angelangt, wo nicht nur nicht genug Kohle exportiert werden kann, sondern auch für das Ingehalt der britischen Industrien nicht genug vorhanden ist.

STREIK- UND PROTESTBEWEGUNGEN JAGEN SICH IN SÜD-ITALIEN.

Die Spannung hält an um die Situation in ganz Süd-Italien zu kennzeichnen, wo die hohen Lebenskosten und Lebensmittelpenurie große Unruhe und einen dauernden Zustand der Gärung hervorgebracht haben. Nach dem Generalstreik in Neapel folgten die Gewerkschaften von Bari mit einer organisierten Demonstration am 27. Dezember. Pressenschilderungen zu Folge (European Edition of New York Herald Tribune 26.12.46.) drangen tausend Demonstranten in die City Hall (Stadt Halle) ein, plünderten die Luxusgeschäfte und leerten die Lebensmittelgeschäfte. Plakate mit den Inschriften: "Einem Sarg für den Polizeipräfekten!", "Wir wollen Arbeit und keine Wohltätigkeit", "Unsere Kinder sterben vor Hunger" wurden in der Demonstration mitgetragen. Polizei und Militär eröffneten das Feuer gegen die Menge, töteten einen und verwundeten einige andere. Als Protest gegen das Massaker wurde unmittelbar darauf ein 24 stündiger Generalstreik ausgerufen. Er war 100% wirksam.

In der Stadt Palmi, an der Westküste Calabriens, demonstrierten 2000 Leute gegen die Lebensmittelnot. Ähnliche Demonstrationen, verbunden mit blutigen Zusammenstößen mit Polizei und Militär, fanden in der Provinz Puglia, einer der ärmsten Süditaliens, statt. Die Demonstranten werden meistens von "Heimkehrern" früheren Soldaten oder früheren Gefangenen, geführt, welche in der Forderung nach Arbeit und besserem Leben voren stehen.

Generalstreiks werden für den 2. Jänner aus Caserta und Cantanera gemeldet.

SPANISCHE SOLDATEN WEIGERN SICH IN EINEM STREIK IN BARCELONA ALS STREIKBRECHER EINGESATZT ZU WERDEN.

eine äußerst wichtige Entwicklung in der schon sehr gespannten sozialen Situation in Spanien wird aus Barcelona gemeldet. Soldaten unter Francos Befehl haben sich geweigert, als Streikbrecher in einem Streik in einer der größten Metallwerke Barcelones, der "Cevone Fabrik" eingesetzt zu werden.

Der Grund des Streikes ist aus dem Bericht nicht klar ersichtlich, aber er dürfte sich auf die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage zurückzuführen sein. Unmittelbar nach dem Ausbruch des Streiks forderten die Behörden Truppen an um die Streiker zurückzubringen. Nachdem die Truppen die Vorbereitungen für ihre Mobilisierung verhindert hatten und ihren eigenen Transport solange als möglich verzögert hatten, weigerten sie sich zuletzt gänzlich, bei der Ankunft in der Fabrik als Streikbrecher benutzt zu werden.

Die Neuigkeit der Aktion der Soldaten eilte wie ein Lauffeuer durch das Land. Die ganze Bevölkerung wurde durch die Meuterei der Soldaten im höchsten Grade aufgereizt.

DIE NATIONALKONFERENZ DER BELGISCHEN GEWERKSCHAFT.

Unter dem Druck der Mitglieder einiger Verbände wurde die bürokratische Führung der belgischen Gewerkschafts-

deration (PGTB) gezwungen am 5. Dezember Massendemonstrationen der Arbeiter zu organisieren. In einigen Gegenden wurden die Demonstrationen von der Führung sabotiert. Aber in den großen Städten wie Antwerpen, Lüttich und insbesondere Charleroi erzeugten die Demonstration und die damit verbundene Massenversammlung eine Massenforderung von den Betriebsräten, die Politik der Klassenzusammenarbeit zu beenden und daran überzugehen, den Generalstreik zu organisieren, um die Löhne und die Arbeitslage mit den stetig steigenden Lebenskosten in Einklang zu bringen.

Die Nationalversammlung der PGTB nahm vergangene Woche diese Art von Hintergrund (?) Stellung. Die anti-demokratischen Satzungen und Vorschriften für den Zutritt der Versammlung waren dazu bestimmt, die Arbeiterorganisation in den Hauptindustrien in Nachteil zu bringen. Und zwar dadurch, daß die drei großen nationalen Industrieverbände, welche mehr als die Hälfte der Mitglieder der PGTB besitzen, nur ein Viertel der Delegierten der Versammlung hatten. Aber trotz dieser anti-demokratischen Zusammensetzung, glückte es nichtsdestoweniger der Avantgarde der belgischen Arbeiterklasse, welche auf eine völlige Rückkehr zur Klassenkampfpolitik drängt, dieser Versammlung ihren Stempel aufzudrücken.

Die nationale Führung wollte lediglich organisatorische Fragen diskutieren. Jedoch, von der Eröffnungssitzung an, bestanden Delegierte auf Delegierte darauf, über die Politik zu diskutieren und zwangen das Präsidium, ihre Forderungen anzunehmen. In der Diskussion über die Politik widerspiegelte sich bei den meisten Rednern die große Unzufriedenheit der Arbeiter mit der Vorsicht (auf der Stelle treten - ?) ihrer Führer, und die Forderung Handlungen zu setzen. Im Augenblick der Abstimmung über die Politik, glückte es dem Büro, eine verwirrte Atmosphäre zu schaffen und im Verlauf dieser wurde ihre eigene Resolution angenommen. Aber nichtsdestoweniger wurde eine Verbesserung der Resolution vorgeschlagen, die forderte, daß die PGTB nicht später als bis zum 31.1.1947 eine Aktion setzen solle. Dieser Verbesserungsvorschlag diente zur Prüfung der Stärke der Avantgarde der belgischen Arbeiterklasse.

Trotz der herrschenden verwirrten Lage (die Hälfte der anwesenden Delegierten nahmen an der Abstimmung nicht teil) erhielt der Verbesserungsvorschlag 150.000 Stimmen, gestützt durch 65 Delegierte gegen 250.000 Stimmen gestützt durch 165 Delegierte.

KRISE IN DER BELGISCHEN K.P.

Eine Krise, welche schon einige Zeit gährte, ist in der flämischen Sektion der belgischen KP offen ausgebrochen. Während früher zahlreiche Einzelausschüsse von Arbeitern gewesen sind, wurde vor zwei Wochen eine ganze Gruppe von Studenten aus der Partei in Gent ausgeschlossen. Zahlreiche andere, einschließlich Landes- und Lokal-funktionäre, wurden in Brügge, Antwerpen, Louvain, Monsveven und anderen Orten, als "Trotzkisten" ausgeschlossen. Ein detaillierter Bericht über die Krise der belgischen Stalinpartei wird in einer der kommenden Ausgaben der News Letter gegeben werden.